

Nepals Reformkommunisten im Aufwind

von Ram Pradhan und Walter Keller

Mit Spannung blickte Nepal den zweiten lokalen Wahlen entgegen, die am 17. und 26. Mai stattfanden. Wie im Vorfeld erwartet, erlangte die 'Nepal Communist Party-United Marxist Leninist' (NCP-UML), die mit den Royalisten der 'National Democratic Party' (NDP/RPP) die Regierungsmacht im Zentrum teilt, mit rund 52 Prozent einen Erdrutschsieg - und das auf Kosten des 'Nepali-Congress' (NC), der bei den letzten Kommunalwahlen 1992 noch auf einen Stimmenanteil von über 50 Prozent gekommen war und sich nun mit bescheidenen 33 Prozent zufrieden geben muß. Die NDP zeigt sich mit 13 Prozent leicht verbessert. Die (indirekten) Wahlen zu den Distrikt-Entwicklungskomitees (DDC) werden zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die politischen Repräsentanten der Städte und Bezirke und die der ländlichen Gemeinden sollen in

getrennten Wahlgängen bestellt werden.

Proteste gab es im Vorfeld von den kleineren Parteien, weil ihnen seitens der Wahlkommission ein einheitliches Wahlsymbol verweigert wurde. Die Wahlkommission berief sich dabei auf Artikel 113 der Verfassung, wonach nur solche Parteien anerkannt werden, die bei Parlamentswahlen mindestens drei Prozent der Stimmen erlangt haben.

Wegen der maoistischen Aktivitäten (siehe hierzu den Beitrag von K.H. Krämer) wurden die Wahlen in zahlreichen Dorfgebieten der Distrikte Rukum, Rolpa, Jajarkot und Salyan verschoben. Entweder hatten sich keine Kandidaten aufstellen lassen, wohl überwiegend aus Furcht vor Anschlägen der Maoisten, die zum Boykott der Wahlen aufriefen, andere zogen ihre Kandidatur kurz vor den Wahlen wieder zurück. Der Präsident der Menschenrechtsorganisation INSEC,

Sushil Pyakurel, kritisierte die Maoisten dafür, daß sie die Menschen von ihrem fundamentalen Recht zu wählen gewaltsam abgehalten hätten. Er räumte andererseits jedoch ein, daß die Maoisten trotzdem in zahlreichen Gebieten nicht ohne eine gewisse Unterstützung durch Teile der Bevölkerung agierten.

Während der traditionsreiche 'Nepali Congress' nun niedergeschlagen am Boden liegt, jubilieren die Kommunisten, die vor allem wichtige Kommunalparlamente, die bei den letzten Wahlen noch an den 'Congress' gegangen waren haushoch gewannen. So zum Beispiel in Kathmandu oder Biratnagar. In Kathmandu mußte sich der 'Congress'-Kandidat, Manmohan Bhattarai, seinem Gegner von der NCP-UML geschlagen geben.

Stellungnahmen der Nationalen Wahlkontroll-Kommission (NEOC), die sich



Der 'Nepali Congress' - hier bei einer Wahlveranstaltung - war der große Verlierer bei den Kommunalwahlen (Foto: Walter Keller)

vornehmlich aus Vertretern von Menschenrechtsorganisationen zusammengesetzt, machten Gewalt und Wahlbetrug in einigen Regionen aus. So wurde der Terai-Distrikt als "Epizentrum der Gewalt" bezeichnet. Die Region bildet die Grenze zu den indischen Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh und ist traditionell Hochburg des 'Nepali Congress'. Angeführt wird die NCP-Liste der "wahlstörenden Aktivitäten" von Vorwürfen wie "wachsende Intoleranz der politischen Parteien" und "Gewinnen wollen um jeden Preis-Mentalität". Angeprangert wird auch die Ineffizienz und Unerfahrenheit der staatlichen Wahlbehörde sowie die nicht ausreichend erfolgte Stationierung von Sicherheitspersonal. Obwohl die internationale Grenze zu Indien während der Wahlen offiziell geschlossen war beklagt das Komitee, daß Personen ungehindert nach Nepal einreisen konnten und sowohl im Auftrag der Regierungsparteien, als auch der Oppositionsparteien für Probleme gesorgt hätten. Im Klartext heißt dies, daß sich auch der eine oder andere Inder an den nepalischen Kommunalwahlen beteiligt haben dürfte. Selbst Wahlurnen

seien nach Schließung der Wahllokale nach Indien "entführt" worden.

Auch der Koalitionspartner der NCP-UML, die RPP, zeigt sich über das Verhalten der Kommunisten während der Wahlen enttäuscht. So seien einige ihrer Wahlhelfer und Parteimitglieder bedroht und verprügelt worden.

Die Kommunisten lassen sich ihren Erfolg nicht vermiesen. Sie könnten nun versuchen, auf der Erfolgswelle auch auf Parlamentsneuwahlen zu drängen, um bei einem Wahlsieg allein regieren zu können. Bei Beobachtern gilt es als sicher, daß die NCP-UML aus Parlamentswahlen als klarer Sieger hervorgehen würde.

Die Kommunalwahlen haben gezeigt, daß die nepalische Bevölkerung den politischen Wandel will und prinzipiell eine starke Ein-Parteien-Regierung der permanenten Instabilität einer Koalitionspolitik vorzieht. Dabei sind die Wählerinnen und Wähler davon überzeugt, daß die NCP-UML als eine straff organisierte und disziplinierte Partei in der Lage und willens sein wird, ihre soziale Lage zu verbessern. Die populistischen Programme, die von der NCP-

UML während ihrer ersten, neun Monate währenden Regierungszeit initiiert wurden, - "Baut Euch Euer eigenes Dorf!"; Einführung einer Altersrente -, sind beim Volk noch in Erinnerung.

Unterdessen nimmt der Druck auf Koirala zu, er solle angesichts der schweren Wahlniederlage vom Parteivorsitz des 'Nepali Congress' zurücktreten. Die Parteibasis ist offensichtlich höchst unzufrieden mit der Art und Weise, wie der altgediente Politiker die Partei führt. Aber die Frage, wer Koirala nachfolgen kann oder will, belastet die Psyche der Partei. Nach den Wahlen zeigte sie sich in bekannter Manier zaudernd, entscheidungsschwach und orientierungslos. Sollte Koirala zum Rücktritt bewegt werden, könnte möglicherweise der frühere Premierminister Sher Bahadur Deuba, erst vor kurzem nach einem Mißtrauensvotum zurückgetreten, als neuer NC-Führer reüssieren. Eine weitere Alternative wäre der Parteisprecher Ram Chandra Poudel. Wer es nun auch immer werden wird - für den NC wird der zukünftige politische Weg schwierig sein, zumal die Partei demoralisiert und ohne jedes Selbstvertrauen wirkt.

Interview

mit dem nepalischen Premierminister Lokendra Bahadur Chand. Das Gespräch mit ihm führte Walter Keller im Mai in Kathmandu.

Sind Sie optimistisch, was die Weiterführung der Koalitionsregierung unter Ihrer Führung angeht?

Derzeit sehe ich keine großen Probleme. Unser Hauptpartner, die Kommunisten (CPN-UML), die ja auch die größte Partei in der Koalition sind, nehmen ihre Aufgabe sehr ernst. Wir konzentrieren uns bei unserer Arbeit auf das gemeinsame 20-Punkte-Programm. Für uns ist dabei die Konzentration auf eine marktorientierte Wirtschaft und eine Liberalisierung der Wirtschaft am wichtigsten.

Sie sehen also keine Notwendigkeit für vorgezogene Neuwahlen?

Nun, bei dieser Frage bin ich als Premier die entscheidende Person, weil ich derjenige bin, der Neuwahlen ausschreiben muß. Derzeit sehe ich dazu überhaupt keine Veranlassung.

Oppositionsführer Koirala hat ihre Regierung beschuldigt, die gerade zu Ende gegangenen Kommunalwahlen gefälscht zu haben. Was haben Sie dazu zu sagen?

Ich sage nicht, daß die Wahlen zu hundert Prozent frei und fair verlaufen sind. Die Unregelmäßigkeiten, zu denen es möglicherweise kam, sind jedoch nicht von der Regierung unterstützt oder sogar organisiert worden. Wir wissen nur zu gut was der 'Nepali Congress' tat, als diese Partei noch selber die Regierung stellte. Der 'Congress' hat mit Wahlfälschungen begonnen, er hat Schlägertrupps eingesetzt, um die Wahlen zu beeinflussen. Man kann das, was vom 'Congress' losgetreten wurden, heute nicht so einfach wieder stoppen. Wir haben jedoch alles getan, damit die Wahlen so normal wie möglich stattfinden konnten.

Wie wollen Sie gegen den Aufstand in verschiedenen Landesteilen vorgehen, der von Maoisten organisiert ist?

Als ich Premierminister wurde, habe ich versucht, mit den Maoisten zu reden. Sie haben dies jedoch abgelehnt. Jetzt müssen wir möglicherweise härter durchgreifen. Wenn unschuldige Menschen getötet werden, ist es unser Pflicht dafür zu sorgen, daß die Menschen und ihr Eigentum geschützt werden.

Bei den Gebieten, in denen die Maoisten stark sind, handelt es sich ja um Landesteile, die entwicklungsmäßig weit zurück liegen. Können Sie die Maoisten dadurch bekämpfen, in dem sie mehr für die Menschen dieser Regionen tun?

Sie kontrollieren derzeit etwa 30 Regionen. Wenn wir zum Beispiel Hilfslieferungen dorthin schicken, werden sie von den Maoisten geraubt. Wir müssen zuerst einmal anders vorgehen. Die Polizei ist in großer Alarmbereitschaft, wir haben die Polizeikräfte in jüngster Zeit verdoppelt, haben ihnen bessere Ausrüstung wie Hubschrauber zur Verfügung gestellt. Die Armee ist derzeit noch nicht im Einsatz, d.h. sie ist noch nicht in Aktion gegangen.

Sehen Sie in diesen Vorgängen eine Bedrohung der noch jungen Demokratie im Land?

Ja, dies ist möglich. Auch verantwortungslose Politiker und einige Medien tragen dazu bei. Sie beschwören mit ihren Äußerungen eine Angstpsychose herauf und zeichnen das Ende der Welt. Es ist aber nach wie vor nicht zu spät, dieses Problem zu lösen. Ich hoffe und glaube, daß der ganze Spuk in zwei bis drei Monaten beendet ist. Entweder friedlich oder mit anderen Mitteln.